

Liste Fritz. Tirol

Liste Fritz Pressespiegel

KW 35

**Von 26.August bis
01.September 2024**

KRITIK DER OPPOSITION:

„Gesundheitswesen krank an allen Ecken und Enden“

Ein Patient, der zwei Jahre auf eine OP warten soll. Eine von der Landesregierung versprochene Gehaltsreform, auf die Mitarbeiter in Krankenhäusern immer noch warten. Nach dem Bericht der „Krone“ hagelt es Kritik an Gesundheitslandesrätin Cornelia Hagele (ÖVP). Andrea Haselwanter-Schneider, Parteichefin der Liste Fritz, sieht „die Gesundheitspolitik der ÖVP krachend

gescheitert“. Die Grünen konstatieren: „Das Gesundheitswesen krank an allen Ecken und Enden.“ Zwischen den Spitälern gebe es zu wenig Abstimmung, um Patienten besser zu betreuen, lautet ein Kritikpunkt. Zudem sei eine Gehaltsreform für Ärzte und Pflegekräfte überfällig, meint die Grüne Gesundheitssprecherin Petra Wohlfahrtstätter. Für sie ist der Personal-mangel hausgemacht.



Foto: Christof Birbaumer



Foto: Christof Birbaumer

Andrea Haselwanter-Schneider, Parteichefin der Liste Fritz, und Stefan Kastner, Chef der Tiroler Ärztekammer, befürchten, dass sich die Lage weiter zuspitzen wird.

„OP-Wartelisten sind keine Hilfe“

Liste Fritz und Ärztekammer sehen
Versäumnisse der Landesregierung

P flichtversicherte dürfen keine Patienten dritter Klasse sein!“, meldet sich Liste Fritz-Parteivorsitzende Andrea Haselwanter-Schneider zum aktuellen Fall zu Wort. Auch an sie hat sich der Betroffene gewandt. Haselwanter-Schneider sieht „die ÖVP-Gesundheitspolitik in Tirol

krachend gescheitert“. Auch die OP-Wartelisten für mehr Transparenz seien keine Hilfe. „Die halben Operationen scheinen gar nicht auf und die Liste ist oft nicht aktuell“, verweist die Landtagsabgeordnete auf eine aktuelle Abfrage. Die Oppositionspolitikerin erinnert die Regierung da-

ran, „dass es Aufgabe der Politik ist, Versorgungssicherheit zu garantieren.“

Laut Ärztekammer müssen jeden Monat in Tirols Spitälern an die 1000 Eingriffe verschoben werden. Einen Grund für den Personalmangel sieht Präsident Stefan Kastner in der immer wieder verschobenen Gehaltsreform. Aus einer Landtagsanfragebeantwortung gehe hervor, dass diese heuer wieder nicht umgesetzt werde. Kastner und seine Kollegen fürchten weitere Verschlechterungen, weil immer weniger Fachkräfte in Spitälern arbeiten möchten. c.t.

„Steuer trifft zu Wenige und auch die Falschen“

Mit Leerstands- und Freizeitwohnsitz-Abgabe wollte das Land den Wohnungsmarkt entlasten. Die Bilanz zeigt: Dafür nötige Kontrollen sorgen zwar für mächtig Ärger, bringen aber wenig!

Zusätzlichen Wohnraum auf den Markt bringen und die Gemeinden entlasten: Das waren die Ziele des Landes Tirol bei der Einführung von Freizeitwohnsitz- und Leerstandsabgabe. Erstere gibt es seit knapp viereinhalb Jahren, zweitere seit 1. Jänner 2023. Die Bilanzen zeigen nun: Die Ergebnisse sind durchwachsen.

Denn für die Einhebung der Abgaben sind die Gemeinden zuständig, und nicht selten gehen den Vorschreibungen intensive Ermittlungen von eigens bestellten Kontrollorganen voraus. Touristiker schlagen ob dieser „Schnüffelei“ Alarm und befürchten gar einen Imageschaden für den Tiroler Tourismus, wenn der zahlungskräftigen Klientel quasi hinterherspioniert wird, wie viele Tage sie sich im Jahr in ihren Immobilien denn wirklich aufhalten.

Forderung nach Task Force für Freizeitwohnsitze

Eine Landtagsanfrage der Liste Fritz bringt nun die Kosten/Nutzen-Relation der „Reichensteuer“ Freizeitwohnsitzabgabe ans Licht: Waren es im Jahr 2020 rund 6,6 Millionen Euro, die die Tiroler Gemeinden aus diesem Titel einnahmen, so waren es 2021 bereits 8 Millionen. Ein Jahr später sank der Wert auf nur noch 7,3 Millionen. 2023 zeigte wieder

eine leicht steigende Tendenz mit 7,6 Millionen.

„Das sind pro Jahr und Gemeinde knapp 30.000 Euro, umgerechnet pro Tag macht das rund 82 Euro aus. Mit diesen 82 Euro pro Tag kann eine Gemeinde keinen Halbtags-Mitarbeiter für die Einhebung der Freizeitwohnsitzabgabe beschäftigen. Viel Aufwand also und wenig Ertrag!“, rechnet Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint vor, für den die derzeitige Regelung ihr politisches und finanzielles Ziel verfehlt. „So ist die Freizeitwohnsitzabgabe ein Rohrkrepierer, weil sie Freizeitwohnsitze nicht verhindert, und weil sie zu Wenige und vor allem die Falschen trifft!“ Es könne ja nicht das oberste politische Ziel sein, „dass die Landesregierung jene Tiroler, die hier leben, wohnen und Steuern zahlen, abkassiert, wenn gleichzeitig viele illegale Freizeitwohnsitzler keinen Euro zahlen!“

Die Zahl der bewilligten Freizeitwohnsitze in Tirol liegt laut Anfragebeantwortung aktuell bei 16.363 in 277 Gemeinden. Laut Sint gibt es weitere 10.000 illegale, bei denen nicht klar ist, ob auch hier kassiert werden darf. Sint erneuert seine Forderung nach wirksamer Kontrolle durch eine vom Land eingesetzte ‚Task Force‘. „Dies wird aber von Schwarz-Rot dauerhaft blockiert!“ Philipp Neuner



DIE TOP-10-ORTE NACH FREIZEITWOHNSITZQUOTE

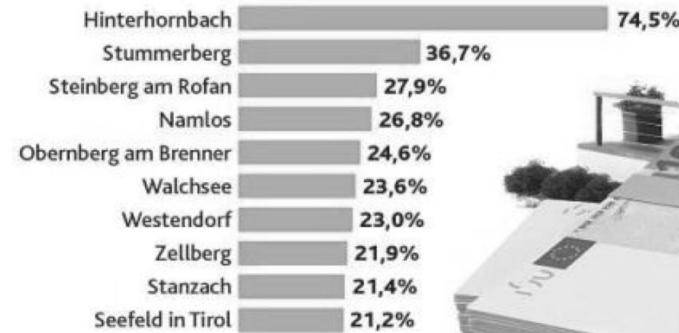
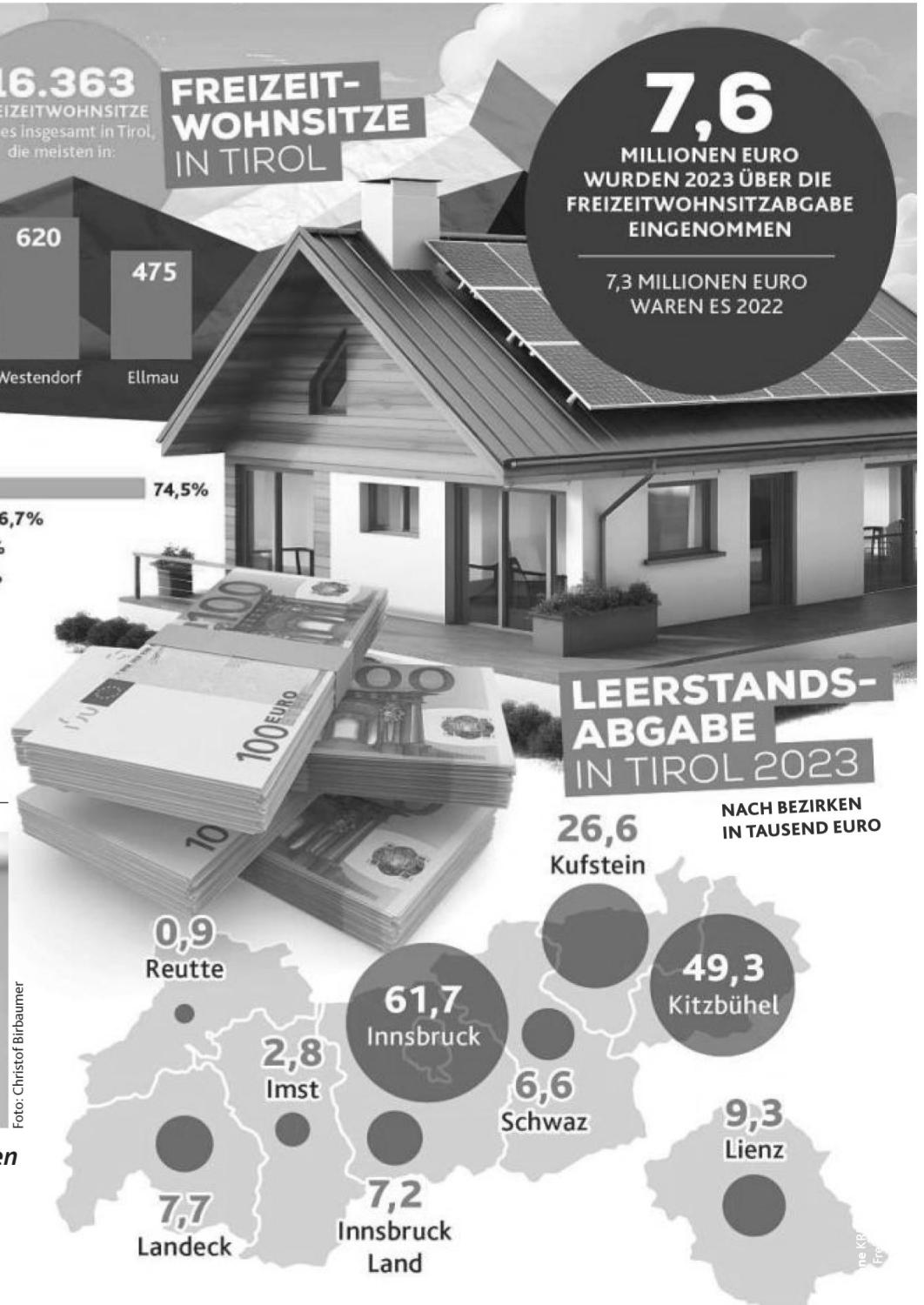


Foto: Christof Birbaumer

Es genügt nicht, die 16.363 legalen Freizeitwohnsitze abzukassieren, wenn es in Tirol weitere 10.000 illegale und rund 120.000 Nebenwohnsitze gibt.



„Arbeiten“ im illegalen Freizeitwohnsitz

Vermieten im Freiland von Kals bis Hochfilzen und Feriendomizile, die als Arbeitswohnsitze getarnt sind, lassen Politik nicht verschauen.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Was gilt in Tirol? Die schwarz-rote Landesregierung im Allgemeinen und der für die Bodenpolitik zuständige Landeshauptmannstellvertreter Josef Geisler (ÖVP) im Besonderen verweisen gebetsmühlenartig auf die strengen Regelungen bei den Freizeitwohnsitzen. Doch of-

nem Fall, der jetzt vor dem Landesverwaltungsgericht gelandet ist.

Der Leiter einer Augenklinik in Deutschland argumentierte im Zusammenhang mit der Benützungsuntersagung seines Wohnsitzes in Tirol, dass er diesen eine Woche im Monat benütze. Überwiegend zur Ausübung eines wesentlichen Bereiches seines Berufes, nämlich zum Verfassen seiner wissenschaftlichen Arbeiten und seiner Gutachten. Die Nutzung als Arbeitswohnsitz überwiege bei Weitem jene zu Erholungszwecken. In den anderen drei Wochen führe er als Leiter der refraktiven Chirurgie in einem Augenzentrum Linsenoperationen sowie Laserbehandlungen zur Korrektur von Fehlsichtigkeit durch, argumentierte er.

Das Landesverwaltungsgericht wies die Beschwerde gegen die Benützungsuntersagung jedoch zurück und verhängte eine Verwaltungsstrafe von 4000 Euro. Zum einen sei seine Wohnung



Dass Ferienwohnungen im Freiland vermietet werden dürfen, sorgt in Tirol für heftige politische Diskussionen.

Foto: imago

„Wenn es einreißt, dass Ferienwohnungen als Freizeitwohnsitz genutzt werden können, dann gute Nacht, Tirol.“

Markus Sint/Liste Fritz (Klubobmann)

fenbar werden sie nach wie vor ausgehebelt oder von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich ausgelegt. Andererseits wird die Begründung „Arbeitswohnsitz“ für in Wahrheit illegal genützte Feriendomizile immer beliebter. So auch in ei-

in Tirol nicht sein Lebensmittelpunkt, andererseits gebe es den Begriff des „Arbeitswohnsitzes“ weder im Raumordnungsgesetz noch in der Bauordnung und auch nicht im Meldegesetz. „Aufgrund der getroffenen Feststellungen steht unzweideutig fest, dass der Beschwer-

deführer im beruflichen Umfeld hauptsächlich von seinem Hauptwohnsitz aus fungiert.“

So klar hier das Gesetz ausgelegt wird, so unklar ist es hingegen bei der umstrittenen Vermietung von Ferienwohnungen im Freiland. Die Vorgangsweise des ehemaligen

deutschen Fußball-Teammanagers Oliver Bierhoff sorgt seit Wochen für Aufregung. Schließlich wird sie ihm erlaubt, solange es keine gewerbliche Vermietung ist. Jetzt kocht allerdings eine Geschichte im Osttiroler Kals auf. In vier Schwarzbauten im Freiland soll dort sogar

eine gewerbliche Vermietung möglich sein.

„Beim Wohnen und Vermieten im Freiland gibt das Landesgesetz offenbar viel Spielraum her und durch eine großzügige Auslegung ist Tür und Tor geöffnet, wenn es der ÖVP gerade passt“, kritisiert der Klubchef der Liste Fritz

Markus Sint. Vom Grundsatz „Keine Vermietung im Freiland“ sei die VP-dominierte Landesregierung offensichtlich abgegangen. Anstatt die Freizeitwohnsitz-Problematik und den Ausverkauf Tirols vor Augen zu haben sowie keine neuen Schlupflöcher für illegale Freizeitwohnsitze möglich zu machen, bediene sich die schwarz-rote Landesregierung einer großzügigen Auslegung des Gesetzes.

Sint drängt deshalb auf rasche Klarstellungen. Würde sie nämlich das Gegenteil wollen, wäre es einfach. Wie der Begriff „Wohnzweck“ im Gesetz zeige, solle es wirklich ums Wohnen in den Gebäuden gehen und nicht die Möglichkeit zum Vermieten geschaffen werden. „Das lehnen wir ab. Ohne Not macht die Landesregierung hier eine Tür auf, um die Freizeitwohnsitzregelungen aushebeln zu können und um es den Bürgermeistern beim Kontrollieren von illegalen Freizeitwohnsitzen noch schwerer zu machen“, erklärt Sint. Wenn es einreißt, dass im Freiland Gebäude gekauft, ausgebaut und mit Ferienwohnung-Vermietung als Freizeitwohnsitz genutzt werden können, „dann gute Nacht, Tirol“.

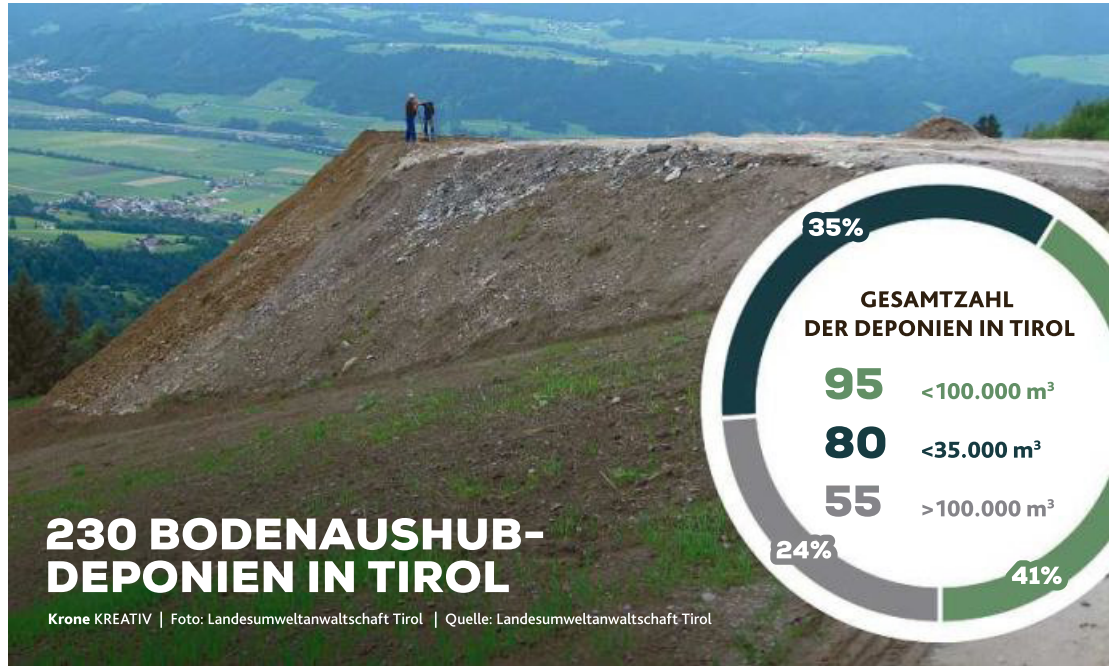
„Unsinn endlich abstellen“

Für jedes Bordell werde eine Bedarfsprüfung gefordert, für eine Aushubdeponie aber nicht: Liste-Fritz-LA Sint fordert ein „Ende der Blockadehaltung von Schwarz-Rot“ im Landtag.

Ein Schritt in die richtige Richtung, aber nicht der große Wurf, den die Gemeinden brauchen: So beurteilt LA Markus Sint (Liste Fritz) die Novelle des Abfallwirtschaftsgesetzes, über die die „Krone“ gestern berichtete. „Mehr Mitsprache ist das eine, die Hebel in der Hand zu halten aber das andere.“ Er fordert „wirkliche Entscheidungskompetenz“ für Gemeinden in Form einer Sonderflächenwidmung. Das könne der Landtag laut Sint jederzeit mit einfacher Mehrheit beschließen. „Seit sechs Jahren beantragen wir das. Aber zuerst haben ÖVP und Grüne diese Lösung blockiert, jetzt sind es ÖVP und SPÖ!“, ärgert sich der Politiker.

Bei Bau einer Garage sind mehr Bewilligungen nötig

Bei den Deponien sei überhaupt keine Verhältnismäßigkeit mehr gegeben: „Wenn du in Tirol eine Garage bauen willst, brauchst du nicht nur eine Widmung von der Gemeinde, sondern auch eine Bauverhandlung und einen Baubescheid! Bei Deponien, zu denen zehntausende Lkw hin- und wegfahren, die die Bevölkerung mit Lärm, Staub und Dreck



belasten, sowie wertvolle Flächen, Wiesen und Wälder vernichten, braucht es aber keine Widmung der Gemeinde. Das ist absurd!“

Deponie-Wildwuchs, weil Bedarfsprüfungen fehlen

Nötig sei jedenfalls auch ein zweites Instrument, nämlich eine Bedarfsprüfung. „Es ist vollkommen unsinnig, dass man neue Deponien genehmigt, während bestehende gar nicht befüllt werden“,

”
Im Bezirk Imst gibt es gegenwärtig freie Deponiekapazitäten, also freies Füllvolumen, für die nächsten 14 Jahre. In anderen Bezirken verhält es sich ähnlich.

Markus Sint,
Klubobmann der
Liste Fritz



Foto: Christof Birbaumer

sagt Sint, für den auch hier jede Verhältnismäßigkeit fehlt: „Bei jedem neuen Bordell wird eine Bedarfsprüfung gefordert, bei einer Deponie aber nicht. Diesen Unsinn gilt es abzustellen!“

Mittlerweile vergehe kein Monat ohne neue Ansuchen für Bodenaushubdeponien in ganz Tirol. „Alleine seit 2022 wurden dafür rund 1,9 Millionen Quadratmeter Grund und Boden verbraucht!“
Philipp Neuner